

REZENSIONEN

Eva Sänger, Malaika Rödel (Hg.)

Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen

CHRISTINE LÖW

Eine feministische Auseinandersetzung mit Biopolitik war in der deutschsprachigen Diskussion längst überfällig. Das Buch „Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen“ von *Eva Sänger* und *Malaika Rödel* schließt diese Lücke. Mit dem Sammelband soll untersucht werden, wie sich „Zugriffe auf das ‚Lebendige‘ und die Reproduktion heteronormativer Geschlechterordnung miteinander verschränken“ (7). Zentrales Anliegen der Autorinnen ist es, den kritischen Gehalt des von Michel Foucault entwickelten Begriffes im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse zu schärfen. Dazu legen Sänger/Rödel in der Einleitung den theoretischen Rahmen von Foucaults Konzept zur Biopolitik dar. Bei Biopolitik handelt es sich um einen spezifisch *produktiven* Machttypus, der darauf abzielt „leben zu machen und sterben zu lassen“ (Foucault zit.n. Sänger/Rödel, 8) und die Steigerung des Lebens ins Zentrum stellt. Während die hiesige Weiterentwicklung der Arbeiten zur Biopolitik weder Geschlecht noch Sexualität systematisch berücksichtigt, konnten vor allem Gender und Queer Studies durch Rekurs auf Foucaults Sexualitatsdispositiv zeigen, dass beide Kategorien nicht naturgegeben sind. Zudem macht die Verknüpfung von persönlicher Fortpflanzungsfähigkeit „mit der Erhaltung und Reproduktion der Gattung“ (10) auch deutlich, dass Heterosexualität als Ordnungsmacht figuriert, die individuelle Normalitatsanforderungen hervorbringt. Ebenso haben Frauen- und Geschlechterforscher_innen herausgearbeitet, in welchem Maße Wissen und die Entstehung von Lebenswissenschaften (u.a. Biologie, Medizin) mit ihrem Fokus auf einem vergeschlechtlichten Körper Männlichkeit als universale Norm und Weiblichkeit als besonderes ‚Anderes‘ etablierten. Vor dem Hintergrund neuer technowissenschaftlicher Entwicklungen (Molekularisierung, Informatisierung) greift das Buch diese Einsichten auf und untersucht aus einer queeren und feministischen Lesart von Biopolitik, wie sich „lebenswissenschaftliche Wissensproduktion, Naturalisierungsprozesse und vergeschlechtlichte Praktiken der Selbst- und Fremdfuhrung im Kontext von Bevolkerungsregulierung und -verwaltung gestalten“ (13).

Der Sammelband enthält zwölf Beiträge, die sich in folgende drei Felder gruppieren, 1. Wissen vom Leben: Lebenswissenschaften; 2. Regierung der Bevölkerung: Demografie, Statistik und Grenzregime sowie 3. Regierung der Sexualität: Selbstverhältnisse und Zwei-Geschlechter-Ordnung. Thematisch wird im ersten Teil der

unkritische Rekurs auf einen vitalistischen und unmittelbaren Lebensbegriff bei u.a. Agamben, Esposito, Grosz, Braidotti sowie teilweise auch Foucault kritisiert, weil dadurch eine Hinterfragung von gesellschaftlich mitgeprägten Natur- und Geschlechterverhältnissen erschwert wird (*Susanne Lettow*). *Petra Schaper-Rinkel* legt dar, wie durch den Gebrauch von Antidepressiva, Ritalin und Neuroenhancern zur Bekämpfung von Schüchternheit die Gestaltung des guten Lebens in kapitalistischen Gesellschaften mit Hilfe neurowissenschaftlicher Deutungsmuster individualisiert wird – ohne geschlechtshierarchische Arbeitsteilungen und sozialstrukturelle Ursachen zu berücksichtigen.

Der zweite Teil beginnt mit einer Auseinandersetzung mit dem europäischen Grenzregime, indem *Sabine Hess* zeigt, dass durch ein Anti-Trafficking-Dispositiv Frauen v.a. als Opfer von Wanderungsbewegungen gedacht werden und auch frauenrechtliche NGOs eine restriktive Rationalität des Migrationsregimes verstärken. *Linda Supik* beschäftigt sich anhand der Aufnahme eines dritten Geschlechtes in Indien und den Vorarbeiten für die Erfassung sexueller Identitäten in Großbritannien kritisch mit Volkszählung als biopolitische Subjektivierungstechnologie und betont deren ambivalente Auswirkungen bezüglich erzwungener Normalisierung, Sichtbarkeit und Stigmatisierung. *Susanne Schultz* analysiert aus einer intersektionalen und staatstheoretischen Perspektive die Biopolitik des Kinderbekommens am Beispiel der aktuellen deutschen Familienpolitik und stellt dabei fest, dass diese durch klassenpolitische Einschnitte und rassistische Maximen geprägt sei. Gerahmt durch den Demografiediskurs, der die Umverteilung sozialstaatlicher Leistungen mit Verweis auf objektive Gegebenheiten propagiert, wird die „Gouvernementalität ‚reproduktiven Verhaltens‘“ (119) entsprechend differenziert: So seien es insbesondere deutsche Akademikerinnen, die zum Kinderbekommen angereizt werden, hingegen seien Frauen mit geringem Einkommen (z.B. Hartz-IV-Bezieherinnen) sowie Migrantinnen von Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen betroffen, die eher antinatalistisch wirken.

Im dritten Kapitel steht schließlich die Frage nach Biomedizin als Wahrheitsregime und die Verbindungen zur heteronormativen Matrix (Butler) sowie zu „neuartigen Repräsentations-, Lebens-, Begehrens- und Sexualitätsformen“ (17) im Mittelpunkt. In diesem Kontext werden Veränderungen der Wissensdiskurse über Hermaphroditen vom 16./17. Jahrhundert bis in die Gegenwart analysiert (*Ulrike Klöppel*) sowie alternative Lebens- und Begehrensformen vorgestellt, die Sexualitätskategorien jenseits essentialisierender Vorstellungen von Homosexualität entwerfen (*Mike Laufenberg*). *Uta Schirmer* zeigt in Auseinandersetzung mit der Neuregelung des als verfassungswidrig beurteilten Transsexuellengesetzes, dass das hegemoniale Verständnis von Zweigeschlechtlichkeit als „somatisch-biologisch fundierter naturalisierter Ordnung“ (18) herausgefordert und zugleich der medizinisch-psychiatrische Expertenstatus verfestigt wird. Mit Bezugnahme auf Praxen aus trans*queeren alternativen Kontexten stellt sie alternative Subjektivierungsweisen vor, für sich und andere vergeschlechtstkörper zu existieren, in „denen Geschlecht (...) (zum Teil)

als veränderbar und abhängig von kontextuellen Strukturierungen und Anerkennungsbeziehungen (erfahren wird); in denen Körper auf unterschiedliche Weisen geschlechtlich erfahren, neu besetzt oder auch verändernd gestaltet werden können – mit Mitteln des Drag oder auch medizinischer Technologien“ (260).

Der Sammelband leistet einen anspruchsvollen und inhaltlich sehr kenntnisreichen Beitrag zur beginnenden Debatte um Biopolitik und Geschlecht. Die Artikel zeichnen sich durch hohe Qualität, kritische Durcharbeitung der Foucault'schen Konzepte und deren produktive Anwendung für aktuelle feministische Fragestellungen in so unterschiedlichen Feldern wie Migrationspolitik, Trans- und Intersexualität, gesunde Lebensweisen, Selbstverhältnisse sowie klassenspezifische und rassifizierende Dimensionen deutscher Frauenpolitik aus. Interessant wäre es gewesen, den überwiegend nationalstaatlichen bzw. europaweiten Blick zu erweitern durch internationale Diskussionen zu Bevölkerungspolitik und reproduktiven Rechten im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit, den transnationalen Bedingungen von Leihmutterchaft und Eizellenspende sowie feministischen Beschäftigungen mit AIDS/HIV-Prävention. Denn angesichts der technologischen, politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen ist die Analyse von Befreiungs- und Unterwerfungsmomenten an den Schnittstellen zwischen Biopolitik und Geschlecht in einem lokalen, nationalen und globalen Raum eine der aktuellen Herausforderungen für kritische feministische Theorien.

Eva Sängler, Malaika Rödel (Hg.), 2012: Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 288 S., ISBN 978-3-89691-235-0.

Magdalena Freudenschuss

Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe

SABINE PROKOP

Magdalena Freudenschuss beschäftigt sich in ihrem ausgesprochen dichten Werk mit Prekarisierung, Prekarität, Prekariat, prekärer und prekarisierter Arbeit, allesamt Schlüsselbegriffe des sozialen Wandels. Sie sucht Widersprüchlichkeiten und Brüche, folgt Konflikten und „argumentativen Fluchtlinien“ (21) in der Behandlung sozialer Ungleichheiten. Ihr spezieller Fokus liegt dabei nicht auf den aktivistischen und wissenschaftlichen Spezialdiskursen, sondern auf dem öffentlichen Diskurs über Prekarisierung. Insgesamt ist das Buch trotz und zugleich wegen seiner expliziten Wissenschaftlichkeit interessant und fesselnd, nicht zuletzt weil die Autorin

merklich großen Wert auf Sprachgestaltung legt sowie ihre Subjektpositionierung transparent macht, als „ich“ spricht.

Im Zentrum stehen neben der Systematisierung sozialisierter Wissensbestände zu Prekarisierung/Prekarität Deutungskämpfe über Prekarisierung im öffentlichen Diskurs. Es geht um Kritik und Macht. Prekarisierung wird als „vorwiegend herrschaftskritisches Konzept“ (19) verstanden, das sich auf kapitalistische Strukturen richtet und auch deren „Verwobenheit mit patriarchalen und rassistischen Herrschaftsstrukturen in den Blick nimmt“ (19). Diskutiert werden hinsichtlich eines Konzepts für die politische Praxis auch die Verwobenheit von Geschlecht, Ethnizität, StaatsbürgerInnenenschaft und/oder Herkunft unterschiedlicher Subjektentwürfe, eben „Prekär ist wer?“.

Die Verfasserin zielt mit dieser Arbeit „auf eine hegemonie- und herrschaftskritische Untersuchung des Prekarisierungsdiskurses“ (20). Sie sieht „Prekarisierung als Feld sozialer Kämpfe auf symbolischer Ebene“ (29) und will „einen diskurstheoretischen und intersektional reflektierenden Beitrag zur Prekarisierungsforschung“ (20) leisten, was ihr überzeugend gelungen ist. Dabei zentrale Argumentationslinien bezeichnet sie pointiert als „abfedern, banalisieren, legitimieren“ (21) und „problematizieren, skandalisieren und politisieren“ (21) sozialer Ungleichheiten.

Das Verhältnis verschiedener Diskursstränge spezialisierter Wissensproduktion zur Prekarisierung charakterisiert Freudenschuss als „Rezeptionssperre“ (25), die sie zu überwinden sucht. Ihre „Brückenköpfe“ (30) dabei sind feministische Forschung und Strukturperspektiven, die einerseits Prekarisierung als mehrdimensionales, komplexes Phänomen systematisieren, andererseits sowohl auf Subjekt- als auch Struktur- und Repräsentationsebenen diskutieren sowie drittens die herrschaftskritischen Perspektiven beider Diskursstränge kritisch erweitern. Zusammenhänge zwischen Unsicherheit und Prekarisierung/Prekarität und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen werden in den Debatten in Europa verfolgt, wobei die Autorin besonderes Augenmerk auf das „Zwischen“ legt: „Zwischen Praxis und Leitbild“ (54) oder „Zwischen Freiheit und Zwang“ (55), und alle relevanten Aspekte (wie atypische Beschäftigungen, Working Poor, Workfare, internationale Arbeitsteilung u. v. m.) umfassend abhandelt.

In den theoretischen Perspektiven sieht Freudenschuss Hegemonie als Prozess, sie beschäftigt sich mit der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeiten und den Medien als Diskursorten. In ihrer Darstellung der empirischen Ergebnisse zu Prekarisierung, Prekarität, Prekariat, prekärer und prekarisierter Arbeit spricht sie dann nur mehr von „Prek“ (118ff.) als „Instrument des epistemologischen Bruchs“ (118) zur Distanzierung vom Gegenstand ihrer Untersuchungen.

Methoden, Vorgangsweise und Sampleauswahl sind in dieser 2013 publizierten Dissertation detailliert und perfekt nachvollziehbar dargestellt. Der Untersuchungszeitraum der intersektionalen Analyse printmedialer Verhandlungen („Der Standard“ und „Die Presse“ aus Österreich, „die tageszeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aus Deutschland) beginnt mit Oktober 2006, wo die Voruntersuchung ei-

nen „eindeutigen, quantitativen Sprung“ (121) in der Thematisierung von Prekarität festgestellt hatte, und endet (aus forschungspragmatischen Gründen) nach 30 Monaten am 30. Juni 2008.

Fazit dieser für die Analyse des Prekarisierungsdiskurses (nicht nur) im deutschsprachigen Raum exemplarischen Arbeit ist, dass die Politisierung sozialer Ungleichheit an Relevanz gewinnt, wobei aber das „herrschaftskritische Potential der Prekarisierungsbegriffe“ (22) im öffentlichen Diskurs über weite Strecken verloren geht. Prekarität als gesellschaftlichen Konflikt zwischen Generationen, Klassen etc. wird in zum Teil nicht miteinander kompatiblen Facetten verhandelt. Dieser öffentliche Diskurs wird als „nationalstaatlich gerahmt, auf die soziale Mitte hin orientiert“ (22) diagnostiziert. Freudenschuss schließt ihr nicht leicht, jedoch sehr schön zu lesendes Werk mit dem Wortspiel, dass „auch die Konstruktionen des Prekären prekäre Konstruktionen“ (315) bleiben.

Magdalena Freudenschuss, 2013: *Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe*. Münster: Westfälisches Dampfboot. Reihe: Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Band 18, 333 S., ISBN 978-3-89691-930-4.

Sigrid Leitner

Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten

WOLFGANG KECK

„Wie kann der Wandel des Familialismus in konservativen Wohlfahrtsstaaten erklärt werden?“ (14) *Sigrid Leitner* untersucht diese Frage in einer historisch vergleichenden Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in vier kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Mit der Studie möchte die Autorin die meist auf einen Zeitpunkt bezogenen Typologien zu Wohlfahrtsregimes um eine historische Perspektive erweitern und die unterschiedliche Entwicklung der Familien- und Pflegepolitik in den Ländern erklären.

In modernen Wohlfahrtsstaaten werden die Verantwortungsbereiche der Familie für die Betreuung von Kleinkindern und die Pflege älterer Menschen durch sozialpolitische Maßnahmen bestimmt. Einführend unterscheidet Leitner vier Varianten dieser staatlichen Verantwortungsverteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben: Familienmitglieder können erstens von ihren Fürsorgepflichten durch soziale Dienste

entlastet werden (*Defamilialismus*) oder ihnen obliegt zweitens aufgrund fehlender öffentlich geförderter Alternativen die Verantwortung für die Pflege und Betreuung (*impliziter Familialismus*). Drittens können sozialpolitische Maßnahmen wie Erziehungszeiten oder Pflegegeld die Sorgearbeit durch Familienmitglieder unterstützen (*expliziter Familialismus*). Bestehen Optionen, entweder Betreuungs- und Pflegedienste in Anspruch zu nehmen oder Unterstützung für die Sorgearbeit in der Familie zu erhalten, spricht Leitner viertens von einem *optionalen Familialismus*.

Die Autorin differenziert unter den vorherrschenden Unterschieden zwischen Frauen und Männern in der Erwerbsbeteiligung und den Arbeitseinkommen zwischen geschlechtsspezifisch diskriminierenden und geschlechtsspezifisch egalitären Varianten des Familialismus. Familialisierende Maßnahmen reproduzieren in der Regel die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, weil aus haushaltsökonomischen Gründen Frauen die Fürsorgearbeit in der Familie übernehmen. Nur wenn Maßnahmen einen individuellen Einkommensersatz gewähren und durch sie die berufliche Karriereentwicklung nicht beeinträchtigt wird, können sie als geschlechteregalitär bezeichnet werden. Defamilialisierende Maßnahmen ermöglichen Frauen die Teilnahme am Erwerbsleben und bieten somit die Chance für eine egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Partnern.

Um Politikveränderungen zu erklären, greift Leitner auf vier Ansätze zurück. Aus einer funktionalistischen Perspektive entscheidet der Handlungsdruck z.B. aufgrund sinkender Geburtenraten oder von Arbeitskräftemangel über die Umsetzung von politischen Reformen. Kulturalistische Ansätze betonen, dass Werte und Einstellungen in der Bevölkerung der Auslöser für politische Reformen sind. Akteurzentrierte Ansätze sehen Parteien und Koalitionen aus Interessenvertretern als eine treibende Kraft für die Durchsetzung oder Verhinderung politischer Reformen. Schließlich führt Leitner an, dass die Struktur von Institutionen abträglich oder hilfreich sein kann, um politische Reformen zu initiieren.

In vier Länderkapiteln zu Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich werden jeweils für die Politikfelder Kinderbetreuung und Altenpflege wesentliche sozialpolitische Reformen seit 1900 dargestellt. Leitner zeigt auf, dass Belgien, Deutschland und Frankreich im Bereich der Kinderbetreuung nach einer langen Phase des expliziten Familialismus in den letzten Jahrzehnten zu einem optionalen Familialismus gewechselt sind. In Österreich vollzog sich nur der Schritt vom impliziten zum expliziten Familialismus, der weiterhin geschlechterdiskriminierend wirkt. In der Pflegepolitik gab es in allen Ländern einen Übergang vom impliziten Familialismus zum expliziten Familialismus. Spätestens ab den 1990er Jahren wurden Maßnahmen für pflegende Angehörige wie Pflegegeld und Pflegezeiten eingeführt.

Für Leitner stellt der in Belgien, Deutschland und Frankreich vollzogene Wandel hin zum optionalen Familialismus bei der Kinderbetreuung allerdings keine Angleichung an den aus ihrer Sicht optionalen Familialismus nordischer Wohlfahrtsstaaten dar. Die Autorin sieht darin eine eigenständige konservative Form des optionalen Familialismus, die sich durch eine schichtspezifische Differenzierung aufgrund gerin-

ger Lohnersatzleistungen und zusätzlicher Betreuungskosten auszeichnet und sich damit vom egalitären sozialdemokratischen Modell abhebt.

Für die Betreuungspolitik untersucht Leitner ausführlich, welche Erklärungsansätze für die Reformen zutreffen. Bei der Altenpflegepolitik fällt diese Analyse eher kursorisch aus. Zur Erklärung des Wandels der Wohlfahrtsregime reicht nach Leitner ein theoretischer Ansatz nicht aus. Vielmehr sind für die Reformen je nach Land, Politikfeld und Zeitpunkt Kombinationen von Erklärungsfaktoren ausschlaggebend. So sieht Leitner den Übergang zum optionalen Familialismus in Deutschland entscheidend durch die normative Debatte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geprägt, die als einzige Option gesehen wurde, um den Geburtenrückgang aufzuhalten. In Belgien und Frankreich hingegen spielten sowohl kulturelle Leitbilder als auch ökonomische Rahmenbedingungen und eine historisch bereits entwickelte Betreuungsinfrastruktur eine zentrale Rolle.

Leitners Studie leistet einen wichtigen Beitrag für die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, die oftmals noch den fixen und generalisierenden Typologien verhaftet ist. Zum einen zeigt sie auf, wie unterschiedlich die Entwicklungspfade vermeintlich ähnlicher Wohlfahrtsregime verlaufen sind. Zum anderen macht die Autorin deutlich, dass sich innerhalb eines Wohlfahrtsregimes in den Politikfeldern Kinderbetreuung und Altenpflege unterschiedliche Varianten des Familialismus entwickelten. Ihre Befunde zeigen, dass die oft unterstellte Kohärenz der Politikansätze innerhalb eines Wohlfahrtsregimes einer detaillierten Analyse nicht standhält.

Sigrid Leitner, 2013: Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin: Duncker & Humblot, 233 S., ISBN 978-3-428-14098-5.

Beate Hoecker

Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich

GESINE FUCHS

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Überblickswerken zur Geschlechterpolitik der Europäischen Union (EU) erschienen (z.B. Abels/Mushaben 2012 und Klein 2013). Während die *Policy*-Seite also vergleichsweise gut abgedeckt ist, sind die *Politics* weniger bearbeitet. Zur politischen Partizipation und Repräsentation in den Europäischen Institutionen aus Geschlechterperspektive fehlte bisher eine umfassende deutschsprachige Darstellung. *Beate Hoecker* hat nun dankenswerterweise

in gewohnt umfassender und sorgfältiger Weise damit begonnen, diese Lücke zu schließen. Im Buch werden Befunde dargestellt, nach Erklärungsansätzen gesucht und schließlich weiterer Forschungsbedarf zusammengefasst. So geht es um Einstellungen von Frauen und Männern zur EU, die Beteiligung an Europawahlen und -referenden, die Repräsentation von Frauen im Europäischen Parlament und schließlich in den weiteren Organen und Institutionen der EU. Dazu werden Erklärungsansätze für den Stand der Unterrepräsentation von Frauen diskutiert; nur so ergebe sich eine Basis, „um die Anforderungen für eine zukünftige Gleichstellungspolitik auf den miteinander verflochtenen Ebene der Nationalstaaten wie der Europäischen Union (zu) diskutieren“ (14).

Bei den *Einstellungen* zur EU sticht der große Vertrauens- und Legitimationsverlust der EU in der Bevölkerung ins Auge. Darüber hinaus zeigen Frauen in Europa ein geringeres politisches Interesse sowie subjektiv und objektiv weniger Wissen zur EU. Die vorhandenen großen nationalstaatlichen Unterschiede im politischen Interesse von Frauen und Männern erfordern nach Hoecker eine konzeptionell fortgeschrittene empirische Überprüfung der sozialisationstheoretischen, situativen und strukturellen Erklärungsansätze. Die länder- und geschlechtsspezifische Heterogenität der politischen Kultur wird als eine zentrale Herausforderung für die Weiterentwicklung der EU identifiziert. – Auch bei der *Wahl- und Stimmbeteiligung* zu Europawahlen und bei Referenden sind nationale Differenzen groß, während innerstaatliche Geschlechterdifferenzen gering sind. In 21 Mitgliedsstaaten sind Referenden möglich. Dabei unterscheidet sich die Stimmbeteiligung nach Geschlecht wenig, doch das Abstimmungsverhalten deutlich in etwa einem Drittel der Fälle. – Die *Repräsentation* von Frauen im Europaparlament liegt bei einem guten Drittel und ist fast durchgängig höher als in den nationalen Parlamenten. Dieser Bereich ist vergleichsweise gut erforscht; dennoch beurteilt die Autorin den Kenntnisstand als zu allgemein und damit unbefriedigend. Sie mahnt Forschungen an, welche die Zusammenhänge zwischen institutionellen, sozialstrukturellen und kulturellen Faktoren genauer untersuchen. – Schließlich wird die *Repräsentation von Frauen in den europäischen Institutionen*, beispielsweise der Europäischen Kommission, dem Gerichtshof der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank oder dem Ausschuss der Regionen unter die Lupe genommen, die sich zwischen null und etwa einem Drittel bewegt. Hoecker identifiziert die unterschiedlichen Rekrutierungsverfahren als zentralen Erklärungsfaktor für eine ausgewogene Repräsentation, wobei demokratische Verfahren gute Chancen eröffnen, hingegen sich die Auswahl durch die Exekutiven der Mitgliedsstaaten für Frauen nachteilig auswirkt. Im letzten bilanzierenden Kapitel werden einige politische Handlungsperspektiven diskutiert – wie gesetzliche Wahlquoten oder Doppelnominationen für die Kommission. Die Autorin schließt mit einer eindringlichen Mahnung: „Die politischen Eliten wären gut beraten, das europäische Demokratieprojekt vom Kopf auf die Füße zu stellen und zu einem gemeinsamen Projekt von Frauen und Männern zu machen. Ansonsten ist ein Scheitern der europäischen Integration nicht ausgeschlossen“ (188).

Das Buch bietet einen breiten Überblick zur Frage der Geschlechter-Repräsentation in der EU und eignet sich auch zum Nachschlagen. In vieler Hinsicht decken sich die materiellen Erkenntnisse auf europäischer Ebene mit dem vorhandenen geschlechtersensiblen Forschungsstand in den Nationalstaaten. Aus Forschungssicht bedauerlich und etwas überraschend ist es, dass geschlechterbezogene Daten häufig nach wie vor fehlen und darum keine differenzierteren Aussagen gemacht werden können. Auch ist die Erkenntnis, dass es nach wie vor an einer systematischen Geschlechterperspektive in der Einstellungs-, Wahl- und Repräsentationsforschung mangelt, für die feministische Politikwissenschaft ernüchternd. Neben einem Überblick bietet das Buch eine Situationsanalyse unbeantworteter Fragen und Forschungsdesiderate. Bisweilen hätte man sich gewünscht, dass die erfahrene Autorin konkreter ausführt, wie ein kohärentes und relevantes Forschungsprogramm aussehen müsste – und wie sie dies angehen wird.

Genannte Literatur

Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce Marie (Hg.), 2012: *Gendering the European Union, New Approaches to Old Democratic Deficits*. Basingstoke.

Klein, Uta, 2013: *Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Eine Einführung*. 2. Auflage. Wiesbaden.

Beate Hoecker, 2013: *Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich*. Wiesbaden: Springer VS, 203 S., ISBN: 978-3-531-18429-6 (auch als E-Book und online).

Gisela Notz

„Freiwilligendienste“ für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit

HELLA HERTZFELDT

Unbezahlte Arbeit in ihren unterschiedlichen Formen wird mit diversen Bezeichnungen versehen: ehrenamtliche Arbeit, freiwillige Arbeit, bürgerschaftliches Engagement usw. *Gisela Notz* geht in ihrem Buch der Frage nach, wie die einzelnen Typen politisch zu bewerten sind, welche Entwicklung diese Formen unbezahlter Arbeit genommen haben und welche Rolle sie in der Gesellschaft innehaben – insbesondere unter Geschlechteraspekten. Ihr Buch gibt einen Überblick über die Entwicklung der ehrenamtlichen/ freiwilligen Tätigkeit vom 19. Jahrhundert bis heute, wobei sie besonderen Wert auf die gegenwärtige Situation legt und sich intensiv mit deren Formen wie dem Bundesfreiwilligendienst befasst.

Das Buch ist in sechs Abschnitte unterteilt, wobei die Autorin zuerst die Frage behandelt, was unter „freiwilliger Arbeit“ zu verstehen ist. Sie geht dann auf die historische Entwicklung ein und widmet sich anschließend dem Zusammenhang von der Krise des Sozialstaates und neuen Akzenten bei der Sicht auf „Freiwillige“. Mit der Frage, was die „Freiwilligendienste“ charakterisiert und welchen Anspruch Notz an ehrenamtliche Arbeit stellt, beschäftigt sich das Buch im letzten Drittel.

Ausführlich geht Notz darauf ein, wer die Ehrenamtlichen sind und kommt zu der Auffassung, dass sie keine homogene Gruppe darstellen, sondern aus unterschiedlichen Altersgruppen mit verschiedenen sozialen, politischen, religiösen und kulturellen Hintergründen kommen und unterschiedliche Motivationen haben.

Aufbauend darauf zeigt die Verfasserin, dass EhrenAMT und ehrenamtliche ARBEIT zu unterscheiden sind. Ehrenamtliche „ARBEIT im sozialen, kulturellen, umwelt- und naturschützenden Bereich“ wird charakterisiert als „unbezahlte, ‚freiwillige‘ Care-Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherung der Arbeitsbedingungen“ (22). Sie unterscheidet sich von „dem politischen EhrenAMT in den Vorständen der Förder- und Trägervereine, der Wohlfahrtsverbände, Umweltschutzverbände, Sportvereine und Familienverbände, in den Aufsichtsräten kultureller, gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher und kirchlicher Gremien...“ (ebd.). Diese Unterscheidung zeigt sich vor allem darin, dass das EhrenAMT meist neben der bezahlten Berufsarbeit ausgeführt wird und Aufwandsentschädigungen und Freistellungen von der Erwerbsarbeit durchaus üblich sind. Die ehrenamtliche ARBEIT dagegen wird nicht vergütet, so dass viele der dort Arbeitenden von anderen Personen oder von Transferleistungen abhängig bleiben oder sich in prekären Arbeitsverhältnissen bewegen (ebd.). Notz macht damit auf einen Umstand aufmerksam, der sehr häufig anzutreffen ist: „Frauen kommen im EhrenAMT seltener vor; während Männer in der ehrenamtlichen ARBEIT seltener zu finden sind“ (ebd.). Welche Veränderungen haben sich im freiwilligen Engagement bzw. in der freiwilligen Arbeit vollzogen, welche Zusammenhänge gibt es zwischen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, steigender Prekarität und Ehrenamtlichkeit? Auffällig ist die Einführung von „Freiwilligendiensten“, die ihren bisherigen Höhepunkt im Bundesfreiwilligendienst (BFD) gefunden hat. Mit ihm wird der gesetzliche „Rahmen für eine 40-Stundenwoche im Niedrigstlohnbereich (geschaffen), für die sich die ‚Freiwilligen‘ ‚freiwillig‘ verpflichten“ (94). Damit wurde „ein völlig neues Arbeitsverhältnis gesetzlich geregelt, das mit einer ‚freiwilligen‘ Verpflichtung für einen vollen Arbeitstag verbunden ist und eine Entlohnung in Form eines Taschengeldes vorsieht“ (93). Der Staat zieht sich weiter aus bisherigen Aufgaben zurück und schafft mit dem BFD de facto prekäre Arbeitsverhältnisse.

Nichtsdestotrotz gibt es nach Notz sinnvolle ehrenamtliche Arbeit mit emanzipatorischem Anspruch. „Voraussetzung hierfür ist eine Umverteilung und Neubewertung der (jetzt) bezahlt geleisteten und der (jetzt) unbezahlt geleisteten sinnvollen und gesellschaftlich nützlichen Arbeiten und der damit verbundenen Verantwortung auf alle Menschen, damit die Übernahme der unbezahlten Arbeiten nicht auf Kosten

der eigenständigen Existenzsicherung geht und nicht zu weiteren Unterschichtungen und Überforderungen führt“ (107). Für solcherart emanzipatorische ehrenamtliche Arbeit bzw. aktives Handeln bringt die Autorin als Beispiel u.a. die Proteste von Stuttgart 21. Sehr deutlich sind bei diesen Aktionen eine politische Motivation und weniger karitative Absichten sichtbar.

Das Buch stellt einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über Freiwilligenarbeit dar, es gibt einen guten Überblick über deren Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert, d.h. im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die Autorin arbeitet immer wieder die Verkettungen von (ehrenamtlicher) Arbeit und Geschlechterverhältnissen heraus und zeigt auf, dass der jetzige Zustand nicht unbedingt so bleiben muss. Visionen einer emanzipatorischen, gesellschaftlich anerkannten Ehrenamtlichkeit findet sie schon in der Gegenwart. Interessant wäre es, die hiesigen Entwicklungen mit denen in anderen Ländern zu vergleichen.

Gisela Notz, 2012: „Freiwilligendienste“ für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit. Neu Ulm: AG SPAK Bücher-253- Kleine Reihe, 120 S., ISBN Nummer 978-3-940 865-28-1.

Marianne Schmidbaur, Helma Lutz, Ulla Wischermann (Hg.)

Klassikerinnen feministischer Theorie

CLAUDIA BRUNNER

Als „kämpferischen Kanon“ bezeichnet Lea Sussemichel die mit dem 2013 im Ulrike Helmer Verlag erschienenen dritten Band komplettierte Trilogie der Klassikerinnen feministischer Theorie zu Recht. Die in diesem Buch versammelten 24 Basistexte von zwölf Autorinnen, deren erstmaliges Erscheinen zwischen 1986 und 2010 liegt, setzen die in Band I (1789-1919) und Band II (1930-1985) begonnene feministische Kanonisierung von in diesem Feld zum Teil bereits bekannten Quellentexten fort. Zu einem Zeitpunkt, da sich Frauen- und Geschlechterforschung im tertiären Bildungssektor als fester Bestandteil von Forschung und Lehre etabliert und auch immer mehr zivilgesellschaftliche und staatliche Einrichtungen Geschlechterfragen systematisch in ihre Arbeit integrieren, finden Leser_innen mit Werken wie diesem heute genau das vor, was Generationen vor ihnen erst mühsam zu rekonstruieren und erneut in die Welt zu bringen hatten: eine Art Handbuch feministischer Positionen, deren Prägnanz zwar über das jeweils Zeitgenössische hinaus verweist, die deshalb jedoch nach wie vor nicht automatisch außerhalb ihrer eigenen Wirkungskreise rezipiert werden. Sie künftig zu übersehen und zu übergehen wird mit der Existenz

solcher Grundlagenwerke bedeutend schwieriger. Kompakt, übersichtlich, lese- und benutzungsfreundlich (sofern man auch gern und gut englischsprachige Texte liest) bietet das Buch wie auch seine beiden Vorläufer also wertvolle Unterstützung bei den feministischen Um- und Unordnungsversuchen, die in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen immer wieder in Angriff zu nehmen sind.

Disziplinär weit gesteckt und inhaltlich bunt ist die Palette an Themen, um die es in den Basistexten geht: nomadische Subjekte und Biomacht, das Unbehagen der Geschlechter und soziale Transformation, Black Power und Wissenschaftskritik, Männlichkeiten in Zeiten von Globalisierung und Imperialismus, Überlegungen zu Öffentlichkeit und Feminismus im Kapitalismus, Menschenrechte bzw. Frauenrechte, Cyborgs und Andersheit, globalisierte Marktwirtschaft, Patriarchat und dessen Transformation zu fraternalistischen Vertragsformen, Queere Theorie und Epistemologie, Subalternität und Widerständigkeit u.v.a.m. Von jeder der zwölf ausgewählten Klassikerinnen werden zwei zentrale Texte vorgestellt, die wiederum mit einer Einleitung kontextualisiert werden. Diese Aufgabe eines biografischen Abrisses sowie der Darstellung zentraler Werke und Thesen der jeweiligen Autorin unter Berücksichtigung von Rezeption und Wirkung wurde von Marianne Schmidbauer (zu Rosi Braidotti und Raewyn Connell), Andreas Kraß (zu Judith Butler), Helma Lutz (zu Patricia Hill Collins), Ulla Wischermann (zu Nancy Fraser und Donna Haraway), Mechthild Rumpf (zu Ute Gerhard), Ursula Apitzsch (zu Arlie Russel Hochschild), Phil Langer (zu Carole Pateman), Petra Pommerke (zu Joan Wallach Scott), Sylvia Mieszkowski (zu Eve Kosofsky Sedgwick) und Christine Löw (zu Gayatri Chakravorty Spivak) übernommen. Sie alle sind oder waren Mitglieder des Cornelia Goethe Centrums für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Auch die inhaltlich und disziplinär durchaus heterogenen Autorinnen der Quellentexte teilen bestimmte Merkmale: Die meisten sind in den 1940er Jahren geboren und haben die zweite Frauenbewegung aktiv miterlebt, stammen überwiegend aus bildungsbürgerlichen Schichten und konnten mit entsprechend hochqualifizierter Ausbildung ihre Etablierung im wissenschaftlichen Feld feministischer Ausrichtung zum Trotz erfolgreich betreiben. Darauf verweisen die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung selbst. Zudem wurden – mit einer Ausnahme: die deutsche Historikerin Ute Gerhard – durchwegs Autorinnen aus dem englischsprachigen Wissenschaftsraum ausgewählt, die auch deshalb bereits über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen. Letzteres mag zwar eine Stärke hinsichtlich der Anschlussfähigkeit deutschsprachiger Frauen- und Geschlechterforschung an die sogenannte internationale Fachdebatte der Gender Studies darstellen; im Hinblick auf gegenwärtige post- und dekoloniale Interventionen in dieses Feld verwundert diese unkommentierte Wiederholung einer anglo-amerikanischen Kanonisierungspraxis allerdings.

Feministische Wissensproduktion beinhaltet immer auch ein gewisses Maß an Reflexion über die Möglichkeitsbedingungen, Verortungen und erwarteten Wirkungen des eigenen Tuns. Diese Ebene jedoch kommt in diesem Band bedauerlicherweise

zu kurz. Am deutlichsten wird dieses Defizit daran sichtbar, wie selbstverständlich 50% der Texte nur im englischen Original abgedruckt sind, obwohl man sich explizit nicht nur an ein wissenschaftliches Fachpublikum wenden will. Während die vorgestellten Texte und Autorinnen sorgfältig und systematisch kontextualisiert werden, ist diese Dimension hinsichtlich der eigenen Wissensproduktion in der mit vier Seiten äußerst knapp geratenen Einleitung beinahe völlig abwesend. Das ist schade, denn ein spannender Teil dieser wichtigen Kanonisierung feministischen Wissens wäre gerade die Reflexion des Auswahlprozesses und der vermutlich durchaus kontroversen Debatte über Kriterien für eine Kontextualisierung des Materials gewesen. Dass gerade diesen Aspekten von Soziologinnen (alle drei Herausgeberinnen kommen aus diesem Bereich) keine Beachtung geschenkt wird, überrascht und enttäuscht gleichermaßen.

Nichtsdestotrotz sollte dieses Buch in keinem feministischen Bücherregal fehlen, erinnert es uns doch immer wieder daran, dass unser eigenes Tun nicht im luftleeren Raum und – bisweilen so wahrgenommener Alltagserfahrung zum Trotz – auch nicht isoliert stattfindet. Die vorliegende Fortsetzung einer Kanonisierung feministischer Theorie ist zwar kein Garant für ein Gelingen all der Visionen, die Feministinnen gegen immer neue Widerstände entwickeln, doch ein wichtiger Baustein, der gut sichtbar festhält, dass eine andere Welt möglich ist.

Inzwischen wird weiter feministisch gedacht, gelebt und geschrieben – und das in allen Regionen und Sprachen der Welt. Mit Spannung kann man Szenarien über die inhaltlichen Schwerpunkte eines eventuellen vierten Bandes entwerfen und sich fragen, welche Ereignisse und Analysen welcher Teile und Aspekte unserer Gegenwart in zwanzig, dreißig Jahren von den nächsten Herausgeber_innen als relevant erachtet werden.

Marianne Schmidbauer, Helma Lutz, Ulla Wischermann (Hg.), 2013: *Klassikerinnen feministischer Theorie. Band III, Grundlagentexte ab 1986*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer, 344 S., ISBN 978-3-89741-323-8.

Anmerkung

- 1 Siehe Rezension zum vorliegenden Band im feministischen Magazin *an.schläge* vom September 2013, <http://anschlaege.at/feminismus/2013/08/an-lesen-kampferischer-kanon/> (30.1.2014).

